



B90/DIE GRÜNEN, MAINSTRASSE 3A, 64347 GRIESHEIM

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Zimmermann

Rathaus - Parlamentarisches Büro
Wilhelm-Leuschner-Straße 75

D – 64347 Griesheim

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion Griesheim
Mainstraße 3A
64347 Griesheim
fraktion@gruene-griesheim.de

Fraktionsführung
Martin Tichy
Thorsten Eisele
Andreas M. Heydt
Christine Roßmann

Griesheim, 26.2.2023

HH2023 Antrag Nr. 1 B90/Die GRÜNEN

Vorarbeiten Einführung Stadtbus – Integration in den RMV und die DaDiNa

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Ergebnishaushalt werden für das Produkt 12.04.01 ÖPNV – hier Sach- und Dienstleistungen – für weitere vorbereitende Arbeiten zur Einführung des Stadtbus werden zusätzlich +10.000,-€ eingestellt (damit insgesamt 15.000,-€).

Begründung:

Wenn der Stadtbus Ende 2024 in Betrieb gehen soll, dann sind in 2023 neben der Fortsetzung der Ausschreibung weitere Vorarbeiten erforderlich, insbesondere die Integration in den RMV und die DaDiNa. Die Verfahren zur Erarbeitung entsprechender Verträge z.B. zur Integration in die Tarifstruktur und zur Ab- und Verrechnung der Fahrgeldeinnahmen, erfordern einen entsprechenden Vorlauf und Unterstützung durch in diesem Bereich erfahrende Büros. Die bis jetzt eingestellten Mittel in Höhe von 5.000,-€ für das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren sind dafür nicht ausreichend.

gez. Martin Tichy



B90/DIE GRÜNEN, MAINSTRASSE 3A, 64347 GRIESHEIM

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Zimmermann

Rathaus - Parlamentarisches Büro
Wilhelm-Leuschner-Straße 75

D – 64347 Griesheim

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion Griesheim
Mainstraße 3A
64347 Griesheim
fraktion@gruene-griesheim.de

Fraktionsführung
Martin Tichy
Thorsten Eisele
Andreas M. Heydt
Christine Roßmann

Griesheim, 26.2.2023

HH2023 Antrag Nr. 2 B90/Die GRÜNEN

Rentenberatung

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Ergebnishaushalt werden im Produkt 02.02.05 Rentenberatung die Personalkosten um 20.000,-€ gekürzt.

Begründung:

Die Rentenberatung ist bis auf die Entgegennahme von Rentenanträgen eine freiwillige Leistung. Für eine umfassende Beratung und Unterstützung bei allen Fragen und Angelegenheiten rund um die Rente unterhält die Deutsche Rentenversicherung in Darmstadt (Wilhelmienstraße 34) eine Auskunfts- und Beratungsstelle mit werktäglichen Öffnungszeiten mit zusätzlichen Möglichkeiten zur Telefon- und Onlineberatung.

Die Stadt Griesheim bietet mit ihrer Seniorenarbeit und -beratung ein breites Spektrum an Angeboten und Unterstützung an, die von anderen Stellen nicht geleistet wird. Es ist weder sinnvoll noch zweckmäßig diese Leistungen um Aufgaben zu erweitern, die in unmittelbarer Nachbarschaft, telefonisch und online bereits angeboten werden. Zumal die Tiefe und Breite der Beratungs- und Auskunftsmöglichkeiten zu allen Themen rund um die Rente in Griesheim nicht leistbar und nicht gegeben ist.

Wir gehen davon aus, dass die eingesparten Personalkosten im laufenden Haushaltsjahr im Rahmen von Um- und Neubesetzungen eingespart werden können.

gez. Martin Tichy



B90/DIE GRÜNEN, MAINSTRASSE 3A, 64347 GRIESHEIM

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Zimmermann

Rathaus - Parlamentarisches Büro
Wilhelm-Leuschner-Straße 75

D – 64347 Griesheim

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Fraktion Griesheim

Mainstraße 3A

64347 Griesheim

fraktion@gruene-griesheim.de

Fraktionsführung

Martin Tichy

Thorsten Eisele

Andreas M. Heydt

Christine Roßmann

Griesheim, 26.2.2023

HH2023 Antrag Nr. 3 B90/Die GRÜNEN

Vielfalt fördern - Vergabe Betrieb der Kita SüdWest an einen freien Träger

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Betrieb der neuen Kita SüdWest wird an einen freien Träger vergeben. Zur Erarbeitung und Durchführung eines entsprechenden öffentlichen Vergabeprozesses werden im Ergebnishaushalt (Produkt 01.01.20 allg. Rechtsberatung oder Produkt 06.01.01 Kinderbetreuung?) entsprechende Sach- und Dienstleistungen in Höhe von bis zu +20.000,-€ bereit gestellt.

Begründung:

Bereits im ursprünglichen Antrag zum Neubau einer Kita in SüdWest (AG/2019/0086) wurde die Möglichkeit des Betriebes durch einen freien Träger mit aufgenommen. Aus unserer Sicht ist dies sinnvoll und möglich.

Wir schaffen damit nicht nur eine zusätzliche Vielfalt im Kinderbetreuungsangebot, die die Attraktivität Griesheims als Wohn-, Lebens- und Arbeitsort erhält und steigert. Wir nutzen damit auch die Kompetenz und Erfahrung Dritter im Betrieb von Kindertageseinrichtungen, und entlasten damit die eigene Verwaltung.

Die Stadt Griesheim hat mit der Durchführung „passgenauer öffentlicher Vergabeprozesse“ bisher sehr gute Erfahrungen gemacht (Partnersuche Stadtentwicklungsgesellschaft, Neubau Kita SüdWest). Daran wollen wir bei der Vergabe des Betriebes der Kita SüdWest an einen freien Träger anschließen und die Mittel für die dafür notwendige rechtliche und fachliche Unterstützung entsprechend bereit stellen.

gez. Martin Tichy

AG/2019/0086

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von
CDU – B90/DieGrünen – WGG – FDP

Stadtverordnetenvorsteherin
Martina Bott
Rathaus
W.-Leuschner-Straße 75

64347 Griesheim



Griesheim 26.3.2019

Neubau einer weiteren Kindertagesstätte

Sehr geehrte Frau Bott,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt der Standortsuche und Planung einer weiteren Kindertagesstätte folgende Rahmenbedingungen zu Grunde zu legen:

- Ein Raumprogramm für mindestens 90 Plätze, ausgehend vom ermittelten Mehrbedarf
- Eine zweigeschossige Bauweise
- Ausführung in zertifizierter Passivhausbauweise
- Parallel zur Standortsuche und vor der Vergabe von Planungsleistungen ist der Stadtverordnetenversammlung darzustellen, ob und ggf. wie der Bau und/oder Betrieb der neuen Einrichtung an einen freien Träger vergeben werden kann.

Der Antrag soll vorab in den zuständigen Ausschüssen (Stadtplanung und Jugend, Soziales, Kultur und Sport) beraten werden.

Begründung:

Das Gutachten der Hildesheimer Planungsgruppe zur Berechnung zukünftiger Bedarfsentwicklungen für Kinderbetreuungsplätze in Griesheim hat aus unserer Sicht ergeben, dass mittelfristig mindestens eine weitere Kindertagesstätte benötigt wird, damit der Rechtsanspruch auf Krippen- und Kindergartenplätze dauerhaft erfüllt werden kann. Für die Standortsuche ist zunächst eine Grundsatzentscheidung zur Größe und Bauweise der zu bauenden KiTa zu treffen.

Damit die Kinder nicht nur Platz im Gebäude haben, sondern auch auf dem Außengelände viel Freifläche zum Spielen und Toben vorhanden ist, wird von uns eine zweigeschossige Bauweise empfohlen. Damit können die Kinder mit viel Bewegungsfreiraum untergebracht werden.

Zudem zeigt es sich, dass verstärkt freie Träger Interesse am Bau und Betrieb von Betreuungseinrichtungen haben. Deshalb sollen parallel die Bedingungen hierfür überprüft und dargestellt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für den Bau Mittel aus der Hessenkasse eingesetzt werden können.

Bernd Widmaier
CDU

Andreas Tengicki
B90/Die Grünen

Walter Keller
WGG

Holger Wegstein
FDP



B90/DIE GRÜNEN, MAINSTRASSE 3A, 64347 GRIESHEIM

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Zimmermann

Rathaus - Parlamentarisches Büro
Wilhelm-Leuschner-Straße 75

D – 64347 Griesheim

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion Griesheim
Mainstraße 3A
64347 Griesheim
fraktion@gruene-griesheim.de

Fraktionsführung
Martin Tichy
Thorsten Eisele
Andreas M. Heydt
Christine Roßmann

Griesheim, 26.2.2023

HH2023 Antrag Nr. 4 B90/Die GRÜNEN

„Griesheimer Plätze in der Innenstadt“ - Die Attraktivität der Innenstadt nachhaltig verbessern - Vorbereitung zur Durchführung des Realisierungswettbewerbes für Schüler-Platz und Schüler-Anlage

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Suche und Auswahl eines Büros für die Vorbereitungen, die Auslobung und Durchführung eines offenen, zweistufigen Realisierungswettbewerbs mit Preisgericht und nachgeschaltetem Vergabeverfahren werden im Ergebnishaushalt (Produkt 09.01.01 Stadtplanung) entsprechende Sach- und Dienstleistung in Höhe von bis zu +10.000,-€ bereit gestellt.

Begründung:

In der Stadtverordnetenversammlung am 1.10.2020 hat diese den Antrag „Lebens- und Aufenthaltsqualität für Griesheim - Weiteres Vorgehen zur Umsetzung des Grundlagenkonzeptes - Griesheimer Plätze in der Innenstadt“ (AG/2020/0121) einstimmig beschlossen.

Nach ausführlicher interfraktioneller Beratung unter Beteiligung der Verwaltung wurde damals beschlossen, „Der Magistrat wird beauftragt, den Auftrag für die Vorbereitungen, die Auslobung und Durchführung eines offenen, zweistufigen Realisierungswettbewerbs mit Preisgericht und nachgeschaltetem Vergabeverfahren VgV an ein qualifiziertes Fachbüro zu erteilen.“ Dies ist bis heute nicht geschehen.

Im dem dem damaligen Antrag zugrundeliegenden Konzept zur Neugestaltung der Griesheimer Innenstadtplätze wird ausführlich und eindrucksvoll dargelegt, wie wichtig ein übergreifendes und einheitliches Konzept für den nachhaltigen Erhalt und die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt ist. Gleichzeitig wird nicht nur der Handlungsbedarf dargestellt, sondern auch, dass viele kleine und größere Einzelmaßnahmen durchaus gut gemeint, aber ohne ein entsprechendes schlüssiges Konzept weniger (bis nicht) effektiv und wirksam sind. Der Handlungsbedarf hat sich durch die Pandemie noch verstärkt.

Die beantragten Mittel dienen nur dazu den ersten Schritt auf dem Weg zum Wettbewerb zu gehen, nämlich ein entsprechendes Büro zur Auslobung und Durchführung zu finden. Der Wettbewerb selbst wird in den folgenden Haushaltsjahren zu finanzieren sein.

Im Sinne einer vorausschauenden Stadtentwicklung ist es dringend erforderlich den Erhalt und die Stärkung der Attraktivität der Innenstadt ganzheitlich und kontinuierlich zu betrachten und voran zu bringen. Ohne Büro kein Wettbewerb, ohne Wettbewerb kein ganzheitliches Konzept, ohne ganzheitliches Konzept keine nachhaltige Entwicklung.

gez. Martin Tichy

Interfraktioneller Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/ Die Grünen, WGG, FDP

Lebens- und Aufenthaltsqualität für Griesheim – Weiteres Vorgehen zur Umsetzung des Grundlagenkonzeptes „Griesheimer Plätze in der Innenstadt“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

bitte nehmen Sie den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung will die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der 11 Plätze der Griesheimer Innenstadt verbessern und beschließt deren schrittweise Um- bzw. Neugestaltung auf Basis des von der Fa. Municipal erarbeiteten Grundlagenkonzeptes „Griesheimer Plätze in der Innenstadt“.

Auswahl und Reihenfolge der neu zu gestaltenden Plätze richten sich nach deren städtebaulichen Bedeutung, ihrem Zustand und ihrer langfristig gesicherten Nutzungsstruktur. Nach dieser Maßgabe werden zunächst der Georg-Schüler-Platz und die Georg-Schüler-Anlage sowie die angrenzenden Bereiche von Hofmannstraße und Friedrich-Ebert-Straße umgesetzt.

Eine Bürgerbeteiligung erfolgt in den Stufen „Mitreden“ und „Informieren“.

Im Zuge des Verfahrens soll ein Vorschlag für ein Stadtraumkonzept („Gestaltungshandbuch“) entwickelt werden.

Im Weiteren ist es der Wunsch der Antragsteller, dass innerhalb der nächsten 10 Jahre auf Basis des Stadtraumkonzeptes („Gestaltungshandbuch“) auch die weiteren 9 benannten Plätze angegangen werden; idealerweise in ähnlichen Verfahren.

Der Magistrat wird beauftragt,

den Auftrag für die Vorbereitungen, die Auslobung und Durchführung eines offenen, zweistufigen Realisierungswettbewerbs mit Preisgericht und nachgeschaltetem Vergabeverfahren VgV an ein qualifiziertes Fachbüro zu erteilen.

Die Auftragserteilung an das Fachbüro soll insbesondere umfassen:

- Im Rahmen des Verfahrens findet vor der Wettbewerbsauslobung eine Bürgerbeteiligung der Stufe „Mitreden“ statt, um die nutzungsbezogenen Bedürfnisse der Griesheimer Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen.
- Die Auslobungsunterlagen als Grundlage des Wettbewerbs werden der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgestellt.
- Nach Abschluss des Wettbewerbs über die vorgelegten Platz-Konzepte und den geplanten Inhalt des Gestaltungshandbuchs erfolgt die Bürgerbeteiligung der Stufe „Informieren“.

Die erforderlichen Mittel für Verfahren und Realisierung sind vom Magistrat in den folgenden Haushalten einzuplanen.

Interfraktioneller Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/ Die Grünen, WGG, FDP

Begründung:

Der obenstehende Antrag beruht auf dem vom Büro Municipal verfassten Grundlagenkonzept „Griesheimer Plätze in der Innenstadt“.

In diesem Konzept hat das Büro Municipal 11 Plätze in der Griesheimer Innenstadt identifiziert:

- Bürgerpark
- Georg-Schüler-Platz
- Georg-Schüler-Anlage
- Hans-Karl-Platz / Am Markt
- Platz-Bar-le-Duc
- Wagenhalle Ost
- Wagenhalle West
- Parkplatz Gäßchen
- Rathausvorplatz
- Passage
- Jean-Bernard-Platz

Das Büro Municipal von Herrn Norbert Hoffmann hat der Stadt auch empfohlen, die Gestaltung in einem überparteilichen Konsens anzugehen.

Aus diesem Grunde hat die Stadtverordnetenversammlung sich im Dezember 2019 verständigt, eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zu bilden. Diese Arbeitsgruppe hat Anforderungen / Kriterien an die Auswahl der Plätze festgelegt, die ersten beiden Plätze definiert und Verfahrensweise und Art der Bürgerbeteiligung vorgegeben.

Diese Arbeitsergebnisse mündeten in diesem vorliegenden, gemeinsam verfassten Antrag.

Griesheim, 16.09.2020

Für die Fraktionen:


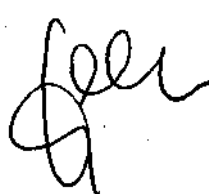
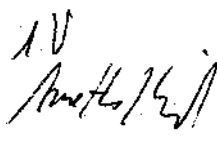
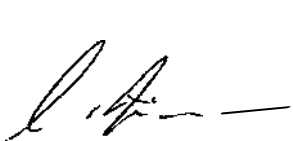
Ingrid Zimmermann
SPD

Hagen Novotny
CDU

Ramona Halbrock
B90 / Grüne

Walter Keller
WGG

Dr. Angelika Nake
FDP





B90/DIE GRÜNEN, MAINSTRASSE 3A, 64347 GRIESHEIM

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Zimmermann

Rathaus - Parlamentarisches Büro
Wilhelm-Leuschner-Straße 75

D – 64347 Griesheim

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Fraktion Griesheim

Mainstraße 3A

64347 Griesheim

fraktion@gruene-griesheim.de

Fraktionsführung

Martin Tichy

Thorsten Eisele

Andreas M. Heydt

Christine Roßmann

Griesheim, 26.2.2023

HH2023 Antrag Nr. 5 B90/Die GRÜNEN

Ankauf Gelände Neubau Feuerwehr in 2023

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zum zeitnahen Ankauf des Geländes für den Neubau der Feuerwehr werden folgende Änderungen bei der Übertragung der „Investitionshaushaltsreste“ ins Haushaltsjahr 2023 (Änderung Magistratsbeschluss BV/2023/0865) und im Investitionsprogramm des Haushaltsjahres 2023 (AG/2023/0091) vorgenommen:

„Investitionshaushaltsreste“ (Änderung Magistratsbeschluss BV/2023/0865):

0101172100 Grunderwerb 2021 Übertrag nach 2023: 500.000,-€
(offen: 4.478.722,-€ - bisher geplante Übertragung nach 2023: 0,-€)

1102012202 Baumaßnahmen Abwasser 2022 Übertrag nach 2023: 340.000,-€
(offen: 1.384.682,-€ - bisher geplante Übertragung nach 2023: 840.000,-€)

Investitionsprogramm 2023 (AG/2023/0091):

	2023	2024	2025	2026
01011420006 Sanierung Rathaus				
bisher	764.000€	1.115.000€	500.000€	
neu	264.000€ + VE 500.000€	1.115.000€	1.000.000€	
0101172300 Grunderwerb 2023				
bisher	1.300.000€			
neu	3.400.000€			
0101172400 Grunderwerb 2024				
bisher		2.600.000€		
neu		200.000€		

	2023	2024	2025	2026
0801012206 Innenraumsanierung Hegelsberghalle				
bisher	220.000€	440.000€		
neu	70.000€ + VE150.000€	590.000€		
0801042102 Sanierung Freibad				
bisher	2.200.000€	950.000€		
neu	1.700.000€+VE500.000€	1.450.000€		
1101012300 Baumaßnahmen Abwasser 2023				
bisher	1.375.000€			
neu	1.025.000€			
1101012400 Baumaßnahmen Abwasser 2024				
bisher		620.000€		
neu	+VE 350.000€	970.000€		
1201012300 öffentl. Verkehrsflächen				
bisher	2.786.250€	3.530.000€	2.940.000€	
neu	2.186.250€	3.530.000€	2.940.000€	

Begründung:

Für den Neubau der Feuerwehr steht ein Grundstück zur Verfügung, das vom Kreis jeder Zeit an Griesheim veräußert werden kann. Der Neubau ist zwingend, sowohl Grundstück als auch Gebäude müssen absehbar überwiegend (oder ganz) über Kredite finanziert werden. Aus dem Haushaltsjahr 2022 steht eine Kredit"linie" von bis zu 8Mio€ zur Verfügung. Die Kreditzinsen und Nebenkosten werden in absehbarer Zeit nicht sinken, sondern weiter steigen. Eine weitere Verzögerung des Ankaufes verteuert damit die Maßnahme zusätzlich.

Auf der anderen Seite stehen mit den übertragenen Mitteln (ca. 8Mio€) und den neu im Investitionshaushalt 2023 bereitgestellten Mitteln (ca. 14,5Mio€) insgesamt 22,5Mio€ für Investitionen zur Verfügung, ein Betrag, der bisher nie umgesetzt wurde. Zudem ist angesichts des verzögerten Haushaltsvollzuges (vorläufige Haushaltsführung) zu erwarten, dass die Vorjahreswerte nicht erreicht werden.

Anstatt erneut hohe Haushaltsreste zu verursachen, und notwendige Kredite zu noch vertretbaren Zinsen nicht abzuschließen, sehen wir es als vordringlich an, den unabwendbar notwendigen Ankauf des Geländes zum Neubau der Feuerwehr so schnell wie möglich umzusetzen.

Gleichzeitig stellen wir mit Verpflichtungsermächtigungen an bestimmten Stellen sicher, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um Aufträge/Vergaben wie bisher umzusetzen.

gez. Martin Tichy

B90/DIE GRÜNEN, MAINSTRASSE 3A, 64347 GRIESHEIM

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Zimmermann

Rathaus - Parlamentarisches Büro
Wilhelm-Leuschner-Straße 75

D – 64347 Griesheim

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion Griesheim
Mainstraße 3A
64347 Griesheim
fraktion@gruene-griesheim.de

Fraktionsführung
Martin Tichy
Thorsten Eisele
Andreas M. Heydt
Christine Roßmann

Griesheim, 26.2.2023

HH2023 Antrag Nr. 6 B90/Die GRÜNEN

Anstrengungen zur Energieeinsparung verstärken – Haushalt und Klima nachhaltig entlasten

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Vergabe und Beauftragung von Potentialanalysen mit Prioritätenlisten für Maßnahmen zur Energieeinsparung werden bei den folgenden Produkten im Ergebnishaushalt die Ansätze für die Sach- und Dienstleistungen erhöht:

01.01.14 Immobilienmanagement	+30.000,-€
11.01.01 Abwasserbeseitigung (Kläranlage)	+20.000,-€

Begründung:

Die Energiekosten für die städtischen Liegenschaften (ohne Haus Waldeck, ohne Wohnungen) betragen nach den vorliegenden Energieberichten um die 800.000 €. Inzwischen wird – bei gleichbleibendem Verbrauch - langfristig von einer Verdopplung dieser Kosten ausgegangen. Wie hoch die Steigerungen ausfallen zeigt auch der durch den Antrag des Bürgermeisters nochmal erhöhte Ansatz für die Energiebeschaffung.

Investitionen in Maßnahmen zur Energieeinsparung sind nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, sondern noch stärker als bisher ein entscheidender Beitrag zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung. Niemand möchte sich den Griesheimer Haushalt ohne die bereits erzielten Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung oder im Freibad vorstellen.

Deshalb ist es aus unserer Sicht dringend geboten, die Anstrengungen zum Energiesparen zu erhöhen, dabei planvoll vorzugehen, zusätzliches spezialisiertes Wissen dafür einzukaufen und auch die Möglichkeit von Zuschüssen in diesem Zuge immer direkt mitzudenken und zu prüfen. Mit einem solchen Vorgehen hat die Stadt bei der Kläranlage, der LED-Beleuchtung und beim Freibad gute und erfolgreiche Erfahrungen gesammelt.

Im Einzelnen ~~Maßnahmen-und~~ sollen die Potentialanalysen und Prioritätenlisten erstellt werden für:

- Liegenschaften aus dem Energiebericht
- das Haus Waldeck und die altengerechten Wohnungen
- die Kläranlage

gez. Martin Tichy

1 Zusammenfassung

Die Stadt Griesheim hat die HessenEnergie damit beauftragt, den sechzehnten Energiebericht, Berichtsjahr 2019, zu erstellen.

Für jedes Objekt wurde ein Referenzverbrauch für die Bezugsmenge festgelegt, der die Ausgangssituation durch Mittelwerte der Jahre 1999 - 2001 beschreibt. Der Referenzverbrauch dient als Vergleichswert für den Verbrauch an bezogener Endenergie und Wasser im jeweiligen Berichtsjahr und beschreibt den Energie- und Wasserverbrauch vor Einführung des Energiemanagements. Die je Objekt erzielten Verbrauchseinsparungen an Energie und Wasser ergeben sich jeweils als Differenz zwischen dem Referenzverbrauch und dem Verbrauch während des Berichtsjahres, wobei aufgetretener Mehrverbrauch, z. B. durch Nutzungsänderungen oder technischen Ausbau, defekte Anlagenteile usw. in einzelnen Objekten, der im Rahmen des KomEM nicht zu beeinflussen war, keine Berücksichtigung findet. Referenzverbrauch und Einsparungen sind in der folgenden *Tabelle 1-1* summarisch aufgeführt, eine liegenschaftsbezogene Aufstellung findet sich in Abschnitt 3.4:

Berichtsjahr von 1 / 2019 bis 12 / 2019	Einheit	Referenz		Berichtsjahr bereinigt		Änderung zur Referenz bereinigt		
		Verbrauch Einheit/a	Kosten EUR/a	Verbrauch Einheit/a	Kosten EUR/a	Verbrauch Einheit/a	Kosten EUR/a	Kosten %
Strom	kWh	3.621.663	667.872	2.668.088	498.298	-953.576	-169.574	-25,4%
Wärme	kWh	7.150.804	433.125	3.971.015	235.301	-3.179.789	-197.824	-45,7%
Erdgas	kWh	4.789.154	248.423	2.729.077	140.624	-2.060.077	-107.799	-43,4%
Nahwärme	kWh	2.324.924	179.760	1.160.737	89.747	-1.164.187	-90.014	-50,1%
Öl	kWh	36.727	1.976	36.727	1.976	0	0	0,0%
Wasser	m³	44.626	106.228	37.783	89.455	-6.843	-16.774	-15,8%
Summen			1.207.226		823.054		-384.172	-31,8%

Tabelle 1-1 Verbrauch im Referenzjahr und erzielte Einsparungen

Das Ziel, Verbrauch und Kosten für Energie und Wasser weiterhin kontinuierlich zu reduzieren, wurde auch im 16. KomEM-Jahr erreicht. Die Kosten für den Energie- und Wasserbezug wurden gegenüber der Referenz um rund 384.000 € (rd. 32 %) reduziert. Die Verminderung des Stromverbrauchs entspricht beispielsweise etwa dem jährlichen Verbrauch von rund 270 Durchschnittshaushalten. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Bezugskosten um rund 65.100 € (rund 7,3 %) vermindert. Die deutliche Minderung gegenüber dem Vorjahr ist wesentlich auf den verminderten Stromverbrauch der Straßenbeleuchtung zurückzuführen. Dieses gute Ergebnis wurde wesentlich durch das Engagement der Mitarbeiter der Verwaltung erreicht.

Die Preise für den Bezug von Strom sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. In Zukunft muss weiter mit einem hohen Preisniveau gerechnet werden. Der Heizölpreis war wenig schwankend und liegt im Mittel des Jahres leicht unter dem Vorjahr.

Das wirksame und systematische Energiemanagement der Stadt Griesheim ist eine Art „Versicherung“ gegen steigende Energiekosten, die einen deutlichen Anteil der laufenden Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im städtischen Haushalt darstellen. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz durch verminderte Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und verminderte CO₂-Emissionen geleistet.

Zur Sicherung des erreichten und zur nachhaltigen Fortführung sollte das Verbrauchscontrolling via Gebäudeleittechnik (GLT) des Technischen Dienstes des Bauhofs (jetzt „Liegenschaftsbetreuung“) mit dem Ziel durchgängiger Prozesse weiterentwickelt werden.



B90/DIE GRÜNEN, MAINSTRASSE 3A, 64347 GRIESHEIM

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Zimmermann

Rathaus - Parlamentarisches Büro
Wilhelm-Leuschner-Straße 75

D – 64347 Griesheim

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion Griesheim
Mainstraße 3A
64347 Griesheim
fraktion@gruene-griesheim.de

Fraktionsführung
Martin Tichy
Thorsten Eisele
Andreas M. Heydt
Christine Roßmann

Griesheim, 26.2.2023

HH2023 Antrag Nr. 7 B90/Die GRÜNEN

Stellungnahme der Feuerwehrführung mit der Möglichkeit zur Aussprache zu den vorgesehenen Abplanungen und Veränderungen im Investitionsbereich

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschuss und der Stadtverordnetenversammlung.

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Feuerwehrführung wird zeitnah – möglichst noch vor der Beschlussfassung zum Haushalt 2023 – um eine Stellungnahme zu den vorgesehenen Abplanungen und Veränderungen im Investitionshaushalt, mit der Möglichkeit der Aussprache, gebeten.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat den aktuellen Feuerwehr Bedarfs und -entwicklungsplan 2021 – 2025 (BEP) in ihrer am 11.11.2021 beschlossen. Nun sind sowohl umfangreiche Abplanungen von noch nicht umgesetzten Investitionen aus den Vorjahren – zum Teil noch das dem vorherigen BEP – und im Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2023 bis 2026 geplant.

Der Feuerwehrführung soll die Möglichkeit gegeben werden, aus ihrer Sicht eine Einschätzung dazu abzugeben, wie sich dies auf die Anforderungen aus dem BEP auswirkt.

gez. Martin Tichy